

Folge 55 Aus Regierungskreisen – der Podcast der Bundesregierung

## **Thema: Staatssekretär Dr. Jörg Kukies (Bundeskanzleramt) über die Entlastungen bei Gas- und Strompreisen**

[Sven Siebert, Moderator] Gaspreisbremse, Strompreisbremse, 80-Prozent-Deckel, Energiepreispauschale. Wie wirkt das, wann wirkt das? Wieso erst jetzt? Ganz schön viel steckt im Entlastungspaket der Bundesregierung und es ist nicht so leicht zu durchblicken. Wir versuchen das heute im Gespräch mit Jörg Kukies, Olaf Scholz' Staatssekretär im Bundeskanzleramt.

[Musik]

„Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung.

[Siebert] Hallo, willkommen zu „Aus Regierungskreisen“, dem Podcast der Bundesregierung. Ich bin Sven Siebert. Ich bin Gastgeber dieses Podcasts und heute habe ich Jörg Kukies zu Gast. Er ist Staatssekretär im Bundeskanzleramt und da für Wirtschafts-, Finanz- und Klimapolitik sowie für die Europapolitik verantwortlich. Er ist schon zum zweiten Mal hier. Im Sommer haben wir uns über den G7-Gipfel unterhalten. Heute geht's um das Entlastungspaket der Bundesregierung. Guten Tag, Herr Kukies.

[Jörg Kukies, Gast] Guten Tag.

[Siebert] Herr Kukies, ich habe gerade Post [...] von meinem Stromanbieter [bekommen]. Die teilen mir freundlich mit, dass sich meine Abschlagszahlungen ab 1. Januar verdoppeln. Viele Menschen bekommen gerade solche Briefe von ihren Energieversorgern. Da sind die geplanten Preisbremsen doch noch gar nicht berücksichtigt, oder?

[Kukies] Das nehme ich an, ja. Die Gesetzgebung ist ja noch am Laufen. Von daher gibt's ja auch keine gesetzliche Grundlage, [sodass] die jetzt schon mit reingenommen werden konnten. Also von daher ist das nicht weiter erstaunlich.

[Siebert] Das heißt, wenn am Ende wirklich abgerechnet wird, dann kommt es wahrscheinlich nicht ganz so schlimm, wie mir mein Versorger gerade angekündigt hat.

[Kukies] Ja, genau. Also, wir haben ja ausgemacht, auf der einen Seite, dass der Dezember-Abschlag, der jetzt bald eingezogen wird, erlassen wird. Da ist die Gesetzgebung ja schon gelaufen. Das heißt, das wird bald als positives Ereignis kommen.

[Siebert] Das heißt, ich muss einen Monat gar nichts bezahlen?

[Kukies] Genau. Wenn Sie Direktkunde bei einem Versorger sind, dann müssen Sie im Dezember den Abschlag nicht bezahlen. Wenn Sie Mieter sind und an einer Zentralheizung hängen, [...] wird der Dezember-Abschlag, die der Vermieter bezahlt, Ihrem Betriebskostenkonto gutgeschrieben. Und die größere Entlastung über die Gas- und Strompreisbremsen: Die laufen dann ab März, werden aber rückwirkend ab Januar dann zurückgerechnet.

[Siebert] Diese Entlastungen – ganz grob – wie funktionieren die? Wie funktioniert das mit dem Deckel und wie funktioniert das mit dieser 80-Prozent-Grenze?

[Kukies] Also, Sie bekommen, ganz vereinfacht gesagt, auf 80 Prozent Ihres Verbrauchs in der Referenzperiode – das ist im Prinzip das vorherige Jahr – einen Rabatt gutgeschrieben, der sich [...] aus dem Arbeitspreis minus dem Preis [von zwölf Cent], auf den es runtersubventioniert wird, [...] [berechnet]. Das heißt, Sie bekommen einen fixen Rabatt. Der ist völlig unabhängig von Ihrem Verbrauch und den bekommen Sie gutgeschrieben.

[Siebert] Zwölf Cent – das ist Gas. Wenn wir über Strom reden, dann sind es ...

[Kukies] Vierzig.

[Siebert] 40 Cent pro Kilowattstunde.

[Kukies] Genau.

[Siebert] Das heißt, um noch mal [...] auf das Schreiben meines Versorgers [zurückzukommen], ich bekomme wahrscheinlich im Frühjahr noch mal Post und dann gibt es noch mal eine neue Anpassung, die niedriger sein wird, was die Abschlagszahlungen angeht.

[Kukies] Damit ist zu rechnen, ja.

[Siebert] Die Mitteilungen der Vermieter, die Preiserhöhungen der Versorger – das ist doch irreführend gewesen. Das hat doch sicher viele Menschen beunruhigt oder verärgert. Die tatsächlichen Preise werden doch voraussichtlich niedriger sein, oder? Hätte man die Bremsen da nicht früher starten müssen?

[Kukies] Na gut, wir können natürlich nur auf die Sachen reagieren. Wir arbeiten ja schon im Rekordtempo. Wir sind sehr schnell unterwegs gewesen, auf der einen Seite den Koalitionsausschuss zu dieser Regelung grundsätzlich zu beschließen. Dann haben wir ja sehr schnell die Kommission der Expertinnen und Experten einberufen. Die hat in enormem Tempo getagt und beratschlagt, hat uns Empfehlungen gegeben und diese Empfehlungen mussten wir auch noch in ein Gesetz umsetzen. Also von daher sind wir wirklich mit rekordverdächtigem Tempo unterwegs und jetzt müssen wir auch noch die ganzen Regeln mit dem Bundestag beraten und beschließen. Dafür gibt's ja auch gewisse Fristen, die vorgesehen sind. Es gibt eine Beteiligung der Öffentlichkeit, der Verbände. Von daher ist es in einem demokratischen Entscheidungsfindungsprozess unvermeidlich, dass ein bisschen Zeit ins Land geht. Aber wir nutzen wirklich alle Beschleunigungsmöglichkeiten aus.

[Siebert] Das heißt aus Ihrer Sicht: Es geht einfach nicht schneller?

[Kukies] Wir haben alle Möglichkeiten der Fristverkürzungen und so weiter ausgereizt. Die Kommission der Expertinnen und Experten hat endlose Nacht- und Wochenendsitzungen eingelegt, um so schnell wie möglich zu einer Lösung zu kommen. Und wir haben ja die von uns gegebene Frist, im Dezember den Abschlag zu erlassen und dann ab dem Anfang des Jahres eine Regelung, die längerfristig wirkt, [...] eingehalten.

[Siebert] Noch mal ganz kurz: Es geht ja nicht nur um die Gaspreisbremse und die Strompreisbremse, sondern es gibt noch eine Reihe von anderen Entlastungen. Vielleicht müssen wir das irgendwie auch noch mal ganz kurz erklären, wenigstens stichwortartig.

[Kukies] Ja, gut. Die Bundesregierung hat ja drei umfassende Pakete vorgeschlagen. Der Bundestag hat die beschlossen. Da gibt's ganz viele Entlastungen: von der 300-Euro-Pauschalzahlung bis zu steuerlichen Erleichterungen. Es ist ja ein ganz großer Kranz an Erleichterungen schon ausgezahlt worden. Es gab im Unternehmensbereich Entlastungen [...] für die besonders energieintensiven Unternehmen. Also von daher ist ja ein guter Teil der Erleichterungen [...] jetzt schon bei den Kundinnen und Kunden angelangt.

[Siebert] Wir haben es gerade schon gesagt: Einerseits heißt es immer: „So schnell wie möglich, so schnell wie möglich. Schneller, schneller, schneller!“ Andererseits gibt es jetzt natürlich die Kritik auch von der Opposition, die Sache sei mit heißer Nadel gestrickt, das funktioniere alles so nicht und das sei auch nicht rechts- oder verfassungsfest. Was sagen Sie dazu?

[Kukies] Na gut, die Opposition muss halt sagen, welche Variante sie gerne hätte. Entweder wir sollen schnell sein, dann ist aber der Vorwurf [...] Mit-zu-heißer-Nadel-gestrickt etwas unglaubwürdig. Oder wir müssten uns mehr Zeit lassen, aber dann kommt garantiert die Kritik, dass wir nicht schnell genug fertig sind. Also von daher: Wir tun alles, um möglichst sorgfältig zu sein, aber natürlich auch schnell zu sein,

weil die Belastung der Bürgerinnen und Bürger findet ja jetzt statt. Von daher haben wir, wenn wir Zweifel hatten, immer dafür gekämpft, möglichst schnell fertig zu werden.

[Siebert] Geht's nur um — sozusagen — finanzielle Entlastung oder geht's auch um sowas wie gesellschaftlichen Frieden?

[Kukies] Na ja, es geht um soziale Balance. Ich meine, die Bürgerinnen und Bürger sind natürlich sehr stark betroffen von den ansteigenden Energiepreisen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft, viele Arbeitsplätze sind betroffen, dass in anderen Regionen der Welt Energie günstiger ist. Also von daher ist es völlig klar, dass es natürlich an die Kernbestandteile unserer Wettbewerbsfähigkeit, unseres sozialen Friedens geht. Das ist ja völlig klar. Energiekosten treffen von Verbraucherinnen und Verbrauchern zu Unternehmen fast alle in Deutschland.

[Siebert] Hat mal jemand am Anfang dieses Prozesses gesagt: „Wir müssen da was tun, sonst fliegt uns der Laden auseinander!“?

[Kukies] Na, so drastisch würde ich es jetzt nicht formulieren. Aber natürlich sehen wir und bekommen ja ganz viele Zuschriften von kleinen Unternehmen, von großen Unternehmen, von Bürgerinnen und Bürgern, dass wir schon merken, dass die Preissteigerungen [...] ganz, ganz viele und sehr grundlegend [betreffen]. Also von daher würde ich schon sagen: Wir spüren, dass das Thema eine ganz breite Bevölkerungsmehrheit erreicht. Und in Umfragen haben ja bis zu 80 Prozent der Bürgerinnen und Bürger angegeben, dass die steigenden Energiepreise, die steigende Inflation die Hauptsorge ist. Also von daher muss man diese Sorgen schon sehr, sehr ernst nehmen.

[Siebert] Wir haben auch Zuschriften bekommen. Wir haben im Netz gefragt, was die Menschen beschäftigt und da gibt es eine ganze Menge Stimmen, die sagen: „Das ist doch alles Blödsinn! Das ist überflüssig. Wir sollten lieber wieder Energie aus Russland beziehen und mit diesen Sanktionen aufhören.“

[Kukies] Na gut, die Entscheidung, nach Deutschland kein Gas mehr zu liefern, ist von Herrn Putin getroffen worden. Die ist nicht von uns getroffen worden. Also von daher müssen wir uns darauf vorbereiten und wir sind heilfroh, dass wir uns intensivst darauf vorbereitet haben. Seit letztem Dezember hat Bundeskanzler Scholz eine Taskforce eingerichtet, die sehr intensiv daran gearbeitet hat, dass genau das passiert ist, was alle für unmöglich gehalten haben. Nämlich — A —, dass unsere Speicher zu nahezu 100 Prozent gefüllt sind, was es noch nie gegeben hat und dass — B — wir in wirklich weltrekordverdächtigem Tempo eine Infrastruktur gebaut haben, die es uns erlaubt, alternative Bezugsquellen für Gas zu erbauen. Die ersten Schiffe laufen in wenigen Wochen in deutsche Häfen, in Wilhelmshaven und in Brunsbüttel, ein.

[Siebert] Energie sparen müssen wir aber trotzdem.

[Kukies] Und das tun die Bürgerinnen und Bürger, die Industrie. Also, die Zahlen des Gasverbrauchs sind deutlich niedriger als in den Vorjahren, obwohl wir bisher eine Rezession noch vermeiden konnten.

[Siebert] Wie viel kostet das alles?

[Kukies] Sie sehen ja an den Vergleichen, dass wir uns bei den Energiekosten irgendwo in der Größenordnung Verdopplung bis Vervielfachung der Preise, je nachdem welche Referenzperiode man wählt, [befinden]. Also von daher ist [es] Tatsache, dass die Bundesregierung von den Programmen in den Entlastungspaketen 1 bis 3 95 Milliarden Euro, in dem jetzigen Entlastungspaket 200 Milliarden Euro [bereitstellt]. Das sind Zahlen, die nicht zufällig gewählt wurden. Also von daher: wenn Sie eine Zahl haben wollen, dann müssen Sie die 200 und die 95 [Milliarden Euro] der Pakete zusammenzählen, dann haben Sie einen groben Anhaltspunkt. Aber natürlich ist es klar, dass das nicht eins zu eins die volkswirtschaftlichen Auswirkungen abdecken kann. Von daher gehen wir aber schon davon aus, dass das einen Großteil der Belastungen abdecken kann.

[Siebert] Das heißt, mal wieder werden Schulden an die nächste Generation weitergegeben, oder? Ist das gerecht? Ist das gerecht im Sinne der Generationengerechtigkeit?

[Kukies] Na, die Frage ist ja immer: „Was ist die Alternative?“ Wir gehen davon aus: Wenn wir nichts getan hätten, wären wir in eine sehr, sehr tiefe Rezession gegangen. Auf der einen Seite: Wenn wir nicht die vielen Milliarden investiert hätten, um unsere Speicher zu füllen – auch von staatlicher Seite unterstützt –, wenn wir nicht die vielen Milliarden genutzt hätten, um im Rekordtempo alternative Bezugsquellen für Gas zu erschließen, wenn wir die Industrie nicht [mit Unterstützungsmaßnahmen] über den Winter gebracht hätten [...], dann wäre unsere Wirtschaft in eine sehr, sehr tiefe Rezession gegangen. Und wir gehen davon aus, dass die Kosten davon auch die zukünftigen Generationen wesentlich schärfer belastet hätten, weil natürlich in jeder Rezession auch Sachen wie Steuereinnahmen runtergehen und Ausgaben für Kurzarbeitergeld und Arbeitslosengeld und Sozialversicherung nach oben gehen. Also von daher gehen wir schon davon aus, dass die Entlastungspakete sehr kluge Investitionen sind, die Schlimmeres verhindert haben.

[Siebert] Und die Maßnahmen im Einzelnen: Da gibt's ja auch Kritik, das sei nicht gerecht. Wer bisher schon sparsam gewirtschaftet hat, wer bisher schon Energie gespart hat, der bekommt jetzt weniger Hilfe, weil er sozusagen auf die 80 Prozent möglicherweise gar nicht kommt. Ist das ein Konstruktionsfehler?

[Kukies] Na ja. Also, ich finde, die Kommission der Expertinnen und Experten hat uns sehr kluge Ratschläge gegeben und hat sehr kluge, auch ökonomisch durchdachte Vorschläge gemacht, die auf der einen Seite die Preise unter Kontrolle halten, aber auf der anderen Seite auch die Sparanreize geben. Also, die Tatsache, dass wir verbrauchsunabhängige Rabatte geben, hat eine unheimliche Wirkung, weil die Menschen, die sogar mehr als 20 Prozent einsparen können, sogar ihre gesamte Gaskostenrechnung reduzieren können, obwohl die Preise deutlich gestiegen sind, wenn man also deutlich mehr als 20 Prozent einsparen kann. Also von daher sind die Anreize schon richtig gegeben. Wir wollen aber trotzdem schauen, dass wir eine soziale Ausgewogenheit bekommen, von daher ist ab relativ hohen Einkommensgrenzen auch eine Versteuerung der Rabatte, die man erhält, [...] erforderlich. Das betrifft vor allem die hohen Einkommenschichten in wachsendem Ausmaß. Also von daher versuchen wir natürlich, alles zu tun, um auch soziale Ausgewogenheit zu bekommen. Aber es ist völlig klar, dass Sie mit einem solchen Instrument natürlich nicht in jedem Einzelfall volle Gerechtigkeit herstellen können.

[Siebert] Wie viel muss man verdienen, damit man die Hilfen auch versteuern muss?

[Kukies] Das fängt an ab dem Betrag, der für den Solidaritätszuschlag erforderlich ist, also ab dem Bereich, in dem man die Grenze der Belastung mit dem Solidaritätszuschlag erreicht. Also knapp über 50.000 [Euro im Jahr] für Alleinstehende und knapp über 100.000 [Euro im Jahr] für Verheiratete.

[Siebert] Also, das heißt, wer jetzt Solidaritätszuschlag zahlt, der zahlt künftig auch Steuern auf die Rabatte.

[Kukies] Genau, das ist ungefähr 10 Prozent der Bevölkerung.

[Siebert] Als der Bundeskanzler die Entlastungen – Stichwort Doppel-Wumms – angekündigt hat, haben europäischen Nachbarn gesagt: „Die finanzstarken Deutschen, die subventionieren jetzt ihre Industrie und das geht zulasten der Konkurrenz aus dem Ausland. Das geht zu unseren Lasten.“ Ist dieser Vorwurf noch berechtigt?

[Kukies] Aus unserer Sicht war der nie berechtigt. Wenn wir einfach mal [die Tatsache] ins Verhältnis setzen [...], dass die grob 300 Milliarden Euro, die wir ausgeben, um unsere Wirtschaft zu unterstützen und unsere Bevölkerung zu unterstützen, von der Größenordnung her in drei Jahren ausgezahlt werden, also in den Jahren 2022/23 und '24, und es ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland setzen, dann kommen wir auf ungefähr vergleichbare Größenordnungen wie – ich sage mal – das obere Drittel in der Europäischen Union. Das heißt, wir sind definitiv oben dabei, was die Unterstützung unserer Bevölkerung [...] und unserer Wirtschaft angeht, wir sind aber alles andere als ein Ausreißer und sind mit zahlreichen anderen Mitgliedstaaten in Europa auf Augenhöhe. Aber es ist schon

klar: Wir setzen hier eine große Priorität drauf. Wir sind in allen Aspekten dieser Unterstützungsmaßnahmen in voller Übereinstimmung mit dem europäischen Wettbewerbsrecht.

[Siebert] Vielen Dank. Das war Jörg Kukies. Vielen Dank für das Gespräch.

[Kukies] Vielen Dank!

[Siebert] Wer das alles noch mal nachlesen will, weil es kompliziert ist, der kann das auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) tun. Da gibt es umfangreiches Informationsmaterial über das Entlastungspaket. Und wer wissen will, wie es um die Energieversorgung steht und um die Sparbemühungen, der kann noch mal unseren Podcast mit Klaus Müller, dem Chef der Bundesnetzagentur, anhören. Und demnächst geht's natürlich hier weiter mit weiteren Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartnern aus der Bundesregierung und ich hoffe, Sie als Zuhörerinnen und Zuhörer sind dann wieder dabei.

Das war „Aus Regierungskreisen“, der Podcast der Bundesregierung. Mehr Informationen zur Politik der Bundesregierung finden Sie auf [bundesregierung.de](https://www.bundesregierung.de) und auf unseren Social-Media-Kanälen.